

vorwärts

die sozialistische zeitung.



Offener Brief aus Kuba an die Welt

Redaktion. **Der Gesundheitssektor in Kuba ist in grosser Not durch das Embargo der USA. Wir veröffentlichen einen Aufruf aus den sozialen Medien einer Kubanerin, nennen Fakten und rufen zur Solidarität mit Kuba auf!**

An die gesamte Menschheit, an die Mütter dieser Welt, an Ärzt:innene ohne Grenzen, an Journalist:innen mit Würde, an Regierungen, die noch an Gerechtigkeit glauben: Mein Name ist wie der von Millionen anderen. Ich habe keinen bekannten Nachnamen und kein wichtiges Amt. Ich bin eine einfache Kubanerin. Eine Tochter, eine Schwester, eine Patriotin. Und ich schreibe dies mit gebrochenem Herzen und zitternden Händen, denn was mein Volk heute erlebt, ist keine Krise. Es ist ein langsamer, kalkulierter Mord, kaltblütig ausgeführt von Washington aus. Und die Welt schaut weg.

Für meine Grosseltern

Ich prangere an, dass es in Kuba ältere Menschen gibt, die vorzeitig sterben, weil die Blockade verhindert, dass Medikamente für Herz, Blutdruck und Diabetes ins Land gelangen. Es ist kein Mangel an Ressourcen. Es ist ein gezieltes Verhindern. Unternehmen, die an Kuba verkaufen wollen, werden mit Geldstrafen belegt, verfolgt und bedroht. Ihre Regierungen schweigen. Und währenddessen spürt ein kubanischer Grossvater Druck auf seiner Brust und wartet. Der Tod kündigt sich nicht an. Die Blockade schon.

Für meine Kinder

Ich prangere an, dass es in Kuba Inkubatoren gibt, die wegen Treibstoffmangels abgeschaltet werden mussten. Dass Neugeborene um ihr Leben kämpfen, während die Regierung der Vereinigten Staaten entscheidet, welche Länder uns Öl verkaufen dürfen und welche nicht. Dass kubanische Mütter das Leben ihrer Kinder in Gefahr sehen, weil ein in einem Büro in Washington unterzeichneter Befehl mehr Gehör findet als das Weinen eines Babys

90 Meilen vor ihrer Küste. Wo ist die internationale Gemeinschaft? Wo sind die Organisationen, die sich so sehr für Kinder einsetzen? Oder verdienen kubanische Kinder es nicht zu leben?

Geplante Hungersnot

Ich klage an, dass die Blockade eine geplante Hungersnot ist. Es ist nicht so, dass es einfach an Lebensmitteln mangelt. Es ist so, dass man uns daran hindert, sie zu kaufen. Es ist so, dass Schiffe mit Lebensmitteln verfolgt werden. Es ist so, dass Bankgeschäfte blockiert werden. Es ist so, dass Unternehmen, die uns Getreide, Hühnerfleisch und Milch verkaufen, sanktioniert werden. Der Hunger in Kuba ist kein Zufall. Er ist eine staatliche Politik der US-Regierung, die seit 60 Jahren verfeinert, von jeder Regierung aktualisiert, von Donald Trump verschärft und von Marco Rubio mit Grausamkeit umgesetzt wird. Sie nennen das «wirtschaftlichen Druck». Ich nenne es Terrorismus durch Hunger.

An die Welt

Kuba bittet euch nicht um Almosen. Kuba bittet euch nicht um Soldat:innen. Kuba bittet euch nicht, uns zu lieben. Kuba bittet euch um Gerechtigkeit. Nicht mehr und nicht weniger. Ich bitte euch, das Leiden meines Volkes nicht länger zu normalisieren. Ich bitte euch, die Blockade beim Namen zu nennen: Es ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ich bitte euch, lasst euch nicht vom Märchen von «Dialog» und «Demokratie» täuschen, während sie uns den Hals zuschnüren. Wir wollen keine Almosen. Wir wollen, dass ihr uns leben lasst. An diejenigen, die noch Menschlichkeit in ihren Herzen tragen: Schaut nach Kuba. Schaut, was man diesem Land antut.

Und fragt euch: Auf welcher Seite der Geschichte möchte ich stehen?

Gezeichnet von einer ganz normalen Kubanerin, die sich weigert, aufzugeben.

Die Fakten zum Verbrechen der USA

Der kubanische Gesundheitsminister Dr. Angel Portal Miranda wies am 9. März in einem Artikel in der mexikanischen Zeitung El Heraldo auf die prekäre Lage im Gesundheitswesen hin. Ursache der Krise seien die Verschärfung des US-Embargos und die totale Blockade von Erdöl für das Land.

Der Gesundheitsminister nannte konkrete Zahlen. Demnach stünden derzeit 96387 Patienten, darunter 11193 Kinder, auf der Warteliste für Operationen. Diese Zahlen würden wegen zunehmender Energieknappheit weiter steigen, zumal Behandlungen von Tumoren und andere lebenswichtige Eingriffe vorrangig durchzuführen seien. Bei der Versorgung von Kindern und ihren Müttern stehe die Nachsorge von 32000 schwangeren Frauen mit diagnostischen Ultraschalluntersuchungen an. Die Unterbrechung des Kühltransports aufgrund von Treibstoffmangel hat dazu geführt, dass mehr als 30000 Kinder ihre fälligen Impfungen nicht rechtzeitig erhalten habe. Hinzu käme, dass die Versorgung von 16000 Patienten in der Strahlentherapie und weiteren 2888 Patienten, die auf Hämodialysebehandlungen angewiesen sind, mangels Energieversorgung kaum mehr gewährleistet werden könne.

Solidarität zeigen

Dr. Portal konstatiert: «Trotz dieser und anderer Herausforderungen, denen sich das nationale Gesundheitssystem gegenüber sieht, ist sein Betrieb nicht zusammengebrochen. Der kubanische Gesundheitsminister hält zudem fest, dass Kuba alle möglichen Massnahmen ergreifen werde, um seine Bevölkerung zu schützen. Zum Schluss fügte er hinzu: «Angesichts dieser Realität bleibt unsere Bitte an die internationale Gemeinschaft bestehen, ihre Solidarität zu zeigen, um der realen und objektiven Dimension einer kriminellen Blockade entgegenzutreten, die das Leben selbst bedroht.»

DAS KUBANISCHE GESUNDHEITSWESEN
UNTERSTÜTZEN. INFOS: MEDICUBA.CH

Der patriarchale Backlash

Imt. **Eine internationale Studie zeigt, dass ausgerechnet viele junge Männer der Generation Z Gleichstellung zunehmend als Bedrohung wahrnehmen. Hinter diesem Trend steckt mehr als ein kultureller Konflikt.**



Fast jeder dritte Mann der Generation Z ist der Meinung, eine Ehefrau sollte ihrem Mann immer gehorchen. Diese Zahl wirkt wie ein Echo aus vergangenen Jahrhunderten – doch sie stammt aus einer aktuellen internationalen Umfrage. Während Gleichstellung formal Fortschritte macht, wächst gleichzeitig ein neuer Widerstand. Der patriarchale Backlash gegen feministische Errungenschaften zeigt sich besonders deutlich bei jungen Männern.

Eine Generation im Widerspruch

Zur Generation Z zählen Menschen, die zwischen 1997 und 2012 geboren wurden. Sie sind mit sozialen Medien, Diversity-Debatten und feministischen Bewegungen aufgewachsen. Viele gingen deshalb lange davon aus, diese Generation werde automatisch progressiver sein als ihre Eltern. Eine internationale Studie des Meinungsforschungsinstituts Ipsos zeigt jedoch ein anderes Bild. Erfragt wurden über 23 000 Menschen aus 29 Ländern.

Das Resultat ist ernüchternd: Männer der Generation Z vertreten im Vergleich zu anderen Altersgruppen die traditionellsten Vorstellungen über Geschlechterrollen. 31 Prozent der jungen Männer stimmen der Aussage

zu, dass eine Ehefrau ihrem Mann gehorchen sollte. Deutlich mehr als bei männlichen Babyboomern, von denen nur 13 Prozent dieser Ansicht sind. Auch wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen wird skeptischer gesehen: Fast ein Drittel der jungen Männer glaubt, es verursache Probleme, wenn eine Ehefrau mehr verdient als ihr Mann. Noch aufschlussreicher und weit besorgniserregender ist eine andere Zahl: 57 Prozent der GenZ-Männer glauben, Gleichstellung sei inzwischen so weit gegangen, dass Männer diskriminiert würden.

Wenn Gleichheit Verlust heisst

Die Vorstellung, Gleichstellung würde Männern etwas wegnehmen, ist nicht neu. Sie folgt einer Logik, die in patriarchalen Gesellschaften tief verankert ist: Privilegien erscheinen unsichtbar, solange sie bestehen. Erst wenn sie infrage gestellt werden, werden sie plötzlich als «Verlust» wahrgenommen. Dabei wird ein einfaches, aber falsches Bild verbreitet: Wenn Frauen gewinnen, müssen Männer verlieren.

Die deutsche Journalistin und Autorin Susanne Kaiser beschreibt dieses Phänomen in ihrem Buch «Backlash». Der Begriff bezeichnet eine Gegenbewegung gegen gesellschaftlichen Fortschritt. Je mehr Gleichberechtigung erreicht wird, desto stärker reagieren jene, deren bisherige Machtposition dadurch infrage gestellt wird. Mit anderen Worten: Fortschritt erzeugt Widerstand. Kaiser unterscheidet dabei drei Gruppen von Männern. Erstens jene, die feministische Kämpfe unterstützen und bereit sind, Privilegien zu teilen. Zweitens offen frauenverachtende Männer, etwa in Incel-Milieus oder in der manosphere des Internets. Und drittens Männer, die nach aussen moderne Werte vertreten, im Privaten jedoch Mühe haben, wenn Partnerinnen unabhängiger werden, mehr verdienen oder sexuelle Grenzen setzen. Gerade diese dritte Gruppe bleibt oft unsichtbar. Im Kontext häuslicher Gewalt heisst es später häufig, der Täter sei «immer freundlich» und «völlig unauffällig» gewesen.

Die sozialen Medien wirken dabei wie ein Beschleuniger. Plattformen belohnen polarisierende Inhalte. Influencer propagieren ein aggressives Männlichkeitsideal,

das Dominanz und Kontrolle verherrlicht. Junge Männer geraten so in ein digitales Umfeld, das ihnen vermittelt: Männlichkeit bedeutet Macht über Frauen. Gleichzeitig erleben viele eine ökonomische Unsicherheit. Prekäre Arbeitsverhältnisse, steigende Lebenshaltungskosten und Zukunftsängste erzeugen ein Gefühl von Kontrollverlust. In dieser Situation erscheint Gleichstellung nicht als gesellschaftlicher Fortschritt, sondern als Konkurrenz.

Eine zentrale politische Frage unserer Zeit

Die Expertin für sexualisierte Gewalt, Lavoyer, weist seit Jahren darauf hin, dass solche Einstellungen kein harmloser Kulturkonflikt sind. Sie bilden den Nährboden für Gewalt. Frauen werden von klein auf sexualisiert und objektiviert. Belästigungen, Grenzverletzungen und Übergriffe gehören für viele zum Alltag. «Es gibt kaum eine Frau weltweit, die im Laufe ihres Lebens nicht mindestens einmal sexuell belästigt wird», sagt Lavoyer.

Sexismus, fehlende Gleichstellung und patriarchale Machtverhältnisse sind deshalb keine abstrakten Begriffe. Sie strukturieren den Alltag – und sie schaffen die Bedingungen, unter denen Gewalt möglich bleibt. Gewalt gegen Frauen ist eines der wirksamsten Instrumente zur Stabilisierung dieser Ordnung. Sie sorgt dafür, dass Frauen vorsichtiger werden, sich anpassen, sich zurücknehmen, oder schlichtweg ermordet werden. Während gewalttätige Männer in ihren Machtpositionen bleiben, kämpfen viele Frauen tagtäglich mit den Folgen dieser Gewalt.

Der aktuelle Backlash zeigt vor allem eines: Gleichstellung verläuft nicht linear. Jede feministische Errungenschaft stellt bestehende Machtverhältnisse infrage – und provoziert damit Widerstand. Dass ausgerechnet junge Männer wieder verstärkt patriarchale Rollenbilder vertreten, ist deshalb kein historischer Zufall. Es ist die Reaktion auf eine Gesellschaft im Wandel. Doch Gleichstellung ist kein Nullsummenspiel. Sie bedeutet nicht, dass Männer verlieren. Sie bedeutet lediglich, dass Macht nicht länger einseitig verteilt ist. Gerade deshalb bleibt der Kampf um Gleichberechtigung eine zentrale politische Frage unserer Zeit.

Niemand schliesst jemanden aus – oder doch?

sah. **Ohne Diskriminierung das Leben selbstbestimmt leben können: das ist das Ziel vom Netzwerk Avanti. Tatsächliche Gleichstellung soll für alle unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft, sozialer Stellung oder anderen persönlichen Merkmalen gelten.**

«Soziale Selbsthilfe» war der Motor von Avanti, als der Verein 2002 von einer Gruppe körperbehinderter Frauen gegründet und am Internationalen Tag der Frau, am 8. März, offiziell lanciert wurde. Avanti ist Anlaufstelle für Betroffene, Angehörige und Fachpersonen. Ein Kernteam informiert und vermittelt Kontakte zu spezialisierten Stellen, stellt Grundlagen zur Information zusammen, die Menschen mit Behinderung betreffen. Und es formuliert aus: Behinderung sei kein «individuelles Defizit», sondern Folge einer Wechselwirkung zwischen der Beeinträchtigung und Barrieren in der Umwelt.

Wir kennen viele Vorurteile über «behinderte Menschen». Doch das ist nicht alles: Strukturelle Benachteiligung gibt es, wenn Betroffene rechtlich oder tatsächlich anders als andere Personen behandelt werden. Diskriminierung liegt vor, wenn betreffende Menschen ohne sachliche Rechtfertigung schlechter gestellt werden als andere Teilnehmer:innen der Gesellschaft. Missstände bestehen, wenn eine unterschiedliche Behandlung fehlt, die zur tatsächlichen Gleichstellung aller notwendig ist.

Nichts über uns ohne uns

Spuren solcher Benachteiligung finden sich noch heute im Alltag. Man denke nur an die schlechten Zugänge zu Bauten oder Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs. Oft ist es nur unter erschwerten Bedingungen möglich, Ziele zu erreichen. Nicht alle Betroffenen kennen ihre Rechte, und auch weiteren Akteur:innen in der Lebenswirklichkeit dieser Frauen sowie der Gesellschaft allgemein scheinen wichtige Dokumente wie die UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) nicht bekannt zu sein.

Die UNO-BRK konkretisiert wichtige Rechte von Menschen mit Behinderung und chronischen Krankheiten. Ziel ist es, Selbstbestimmung und Teilhabe für Betroffene zu stärken. Auch ein Bundesgesetz gibt es, das Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen beseitigen soll. Liest man das «Behindertengleichstellungsgesetz» (BehiG), so weiss man sofort, dass es hier noch viel Arbeit gibt, obwohl das Gesetz nur 24 Artikel hat.

Um wieder auf das Beispiel des Verkehrs zurückzukommen: Artikel 22 (Anpassungsfristen für den öffentlichen Verkehr) hält fest, dass bestehende Bauten und Anlagen sowie Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs spätestens 20 Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes behindertengerecht sein müssen.

Mitglied einer besonders verletzlichen Gruppe

Das BehiG wurde 2002 verfasst. Fazit: Ziel weit verfehlt. Immerhin werden in Artikel 5 (Massnahmen von Bund und Kantonen) die besonderen Bedürfnisse behinderter Frauen thematisiert. Zum Glück wird das BehiG bald überarbeitet. Hier setzt das Netzwerk Avanti an und kämpft für die Interessen von FLINTA ein. Denn: Frauen mit Behinderungen können von mehrfacher Diskriminierung betroffen sein.

Beispielsweise sind diese Frauen deutlich stärker als die Durchschnittsbevölkerung von Gewalt betroffen. Ob in Einrichtungen oder zuhause: Frauen erleben häufiger psychische, physische und sexualisierte Gewalt, da ihre Abhängigkeit von anderen grösser ist. Auch auf dem Arbeitsmarkt sind Frauen mit Behinderungen seltener erwerbstätig, und wenn sie arbeiten, sind sie oft Teilzeit

angestellt – aufgrund ihrer besonderen Situation. Auf politischer Ebene sind sie noch stark unterrepräsentiert. So werden ihre Interessen kaum vertreten.

Das sind nur die wichtigsten Punkte rund um die Lebensrealität dieser Frauen. Nun wird das BehiG revidiert, und eine progressive Inklusionsinitiative (eingereicht 2024) fordert rechtliche Gleichstellung, Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen.

Wichtige Lebensbereiche werden ausgeklammert

Das Komitee – im Lead der Behindertendachverband Inclusion Handicap – erwähnte auch das Recht, Wohnform und Wohnort frei zu wählen. Als Reaktion hat der Bundesrat einen indirekten Gegenvorschlag verabschiedet. Das Papier, das der Bundesrat im Februar 2026 zur Volksinitiative «Für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Inklusions-Initiative)» vorlegte, enttäuschte die Unterstützungsnetzwerke schwer. Bereits der vorherige Entwurf musste nach grosser Kritik nachkorrigiert werden.

Fazit: Der Bundesrat legt kein verbindliches Inklusionsgesetz vor, das Bund, Kantonen und Gemeinden klare Vorgaben zur Umsetzung macht. Damit gibt es erneut keine Grundlage, die Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben und echte Wahlfreiheit ermöglicht. So schreibt es die Menschenrechtsorganisation Amnesty International auf amnesty.ch im Februar 2026.

Die Initiative und ihr Gegenvorschlag werden nun dem Parlament überwiesen. Hier gibt es vielleicht erneut «Spielraum», um klarere Vorgaben zu erkämpfen.

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft *vorwärts*,
PdAS und ihre Deutschschweizer
Sektionen. Postfach 8230,
8036 Zürich,
IBAN: CH98 0900 0000 4001 9855 7

REDAKTION:
vorwärts, Postfach, 8036 Zürich
Tel. 044 241 66 77
E-Mail: redaktion@vorwaerts.ch,
Redaktion: Siro Torresan (sit), Sabine
Hunziker (sah), Florian Sieber (flo),
Laura Maiorano (Imt), Dominic Iten
(dom)

REGELMÄSSIGE MITARBEIT:
Roger Stettler, Zian Gmür

ABONNEMENTE:
vorwärts, Postfach 8230, 8036 Zürich
abo@vorwaerts.ch
Jahresabo: 175.–
reduziert (AHV, Stud. etc.): 115.–
Probeabo: Ein Monat kostenlos

DRUCK:
Union Druckerei Berlin

«Wir werden die Häuser und Plätze nicht kampflos hergeben!»

sit. Über 5000 Personen und 60 Organisationen unterzeichneten die Petition und den offenen Brief, mit denen der Erhalt der besetzten Stefanini-Häuser und die Wagenplätze in Winterthur gefordert wird. Sie sind akut von einer polizeilichen Räumung bedroht.

«Heute Donnerstag, 12. März 2026, versammelten wir uns um 14 Uhr mit über 80 Personen vor dem Sulzer-Hochhaus, dem Sitz der steuerbefreiten, milliardenschweren Immo-Stiftung SKKG», ist in der Medienmitteilung der Häuservernetzung Winterthur zu lesen. Und: «Wir überbrachten der SKKG eine Petition mit über 5000 Unterschriften und einem von über 60 Organisationen unterzeichneten offenen Brief.» Zu den Unterzeichner:innen gehörten auch der vorwärts und die Partei der Arbeit Zürich. Die Petition und der Brief fordern den Erhalt mehrerer Stefanini-Häuser und der Wagenplätze in Winterthur, die zeitnah geräumt werden sollen.

Kämpferische Stimmung

Das Ziel der Petition und des offenen Briefes an die SKKG und den Stadtrat bestehe darin, die Verantwortlichen der Zerstörung von günstigem Wohnraum und der Vertreibung von Leuten mit wenig Geld zu konfrontieren. «Wir fordern sie zu ernsthaften Verhandlungen mit den Betroffenen auf», schreiben die Aktivist:innen. Geplant war, die Unterschriften und das Schreiben der SKKG-Direktorin Bettina Stefanini und dem Präsidenten des SKKG-Stiftungsrats Thomas Meier zu überreichen – was so auch frühzeitig beiden mitgeteilt wurde. Doch Stefanini und Meier weigerten sich. Stattdessen schickten sie den Werbechef der Verwaltungsfirma Terresta, Ariel Leuenberger. Und dieser weigerte sich wiederum, Stefanini oder Meier anzurufen. «Darum blieben wir lautstark während gut 45 Minuten im Foyer des Sulzer-Hochhauses mit Musik, Kaffee, Reden, Transparenten und Gesang», wird in der Medienmitteilung informiert. Und Sandra, eine von der Räumung bedrohte Anwesende, ergänzt: «Die Stimmung war sehr kämpferisch und stabil.»

Die politischen Handlanger

Der nächste Besuch der Aktivist:innen galt dem sogenannten «Superblock», dem Sitz der Stadtverwaltung.

Denn die Stadt Winterthur ist mit ihrer neoliberalen Wohnpolitik Teil des Problems. In der Tat: «Der Stadtrat hat vor, die Wagenplätze in Töss und am Schützenweiher zu räumen. Sie weigert sich, mit den betroffenen Bewohner:innen eine Lösung zu finden», informiert die Häuservernetzung Winterthur weiter in der Medienmitteilung. Die unsoziale Politik des Stadtrats zeige sich auch in der «geplanten Vertreibung der über 40 Dauercamper:innen des Campingplatzes am Schützenweiher, wo stattdessen die «Autolobby TCS ein 4-Stern-Glamping betreiben soll». Auf den Punkt gebracht: Der Stadtrat macht sich zum Handlanger der SKKG, wenn er die angekündigten Räumungen polizeilich durchsetzen will – und so billigen Wohnraum zerstört.

Der zuständige SP-Stadtrat Kaspar Bopp hatte nicht die Grösse, die Unterschriften und den offenen Brief entgegenzunehmen – was seine Rolle als politischer Handlanger nur unterstreicht. «Damit macht er sich unglaubwürdig, weil er doch stets behauptet, er setze sich für den Erhalt von günstigem Wohnraum ein», bringen es die Aktivist:innen bestens auf den Punkt. «Offensichtlich sind wir ihm als Betroffene der städtischen Vertreibungs-politik egal», so Egon, ein Bewohner des Wagenplatz Mumpitz. Die Unterschriften der Petition, sowie der offene Brief wurden dem Stadtschreiber übergeben.

Weiterer Widerstand angekündigt

Seit mehreren Jahren kämpfen die Aktivist:innen in der Eulachstadt um den Erhalt der selbstverwalteten Stefanini-Häuser und der Wagenplätze in Winterthur. Diese Orte sind günstiger, selbstverwalteter Wohnraum und unkommerzieller, linker Kultur- und Versammlungsraum für sehr viele Leute. «Sie sind Teil der Kultur und Geschichte dieser Stadt. Die Räumungs- und Abrisspläne der SKKG und des Stadtrats treffen viele Leute in ihrer Existenz. Und dies mitten in der schwersten Wohnkrise seit Jahrzehnten», hält die Medienmitteilung fest.



Die Verantwortlichen bei SKKG und der Stadt haben auf konstruktive Vorschläge und Verhandlungsangebote der Betroffenen nicht reagiert. Nicht nur das: Trotz eines laufenden juristischen Verfahrens wurde die polizeiliche Räumung der Gisi, des ältesten besetzten Hauses der Schweiz an der General-Guisanstrasse 31, für das Frühjahr 2026 angekündigt. Zwei weitere Stefanini-Häuser sollen 2027 polizeilich geräumt werden. «Dagegen wehren wir uns mit allen Mitteln», erklären die Aktivist:innen. Sie erwarten eine öffentliche Stellungnahme der SKKG und des Stadtrats zur Petition und dem offenen Brief innerhalb eines Monats. Zum Schluss wird festgehalten: «Egal, wie diese ausfällt: Wir werden die Häuser und Plätze nicht kampflos hergeben! Wir werden nicht tatenlos der Zerstörung unseres Zuhauses zusehen.»

Aktivist:innen vor dem «Superblock», dem Sitz der Stadtverwaltung. Bild: zVg

Runde drei bei Medienfinanzierung?

flo. Trotz deutlicher Niederlage der Halbierungsinitiative an der Urne arbeiten sich Bürgerliche weiterhin an den öffentlichen Medien ab. Mit dabei in erster Reihe ist der SVP-Bundesrat Alber Rösti, der die Niederlage kurzerhand zur Schlappe für die SRG umdeutet.

Es wäre ja lustig, wenn es nicht zugleich so gottserbärmlich traurig wäre, rechte Männer in den Medien beobachten zu müssen, wie sie sich an der Realität ihrer Niederlage abarbeiten: Am 8. März fuhr die «Halbierungsinitiative» eine heftige Schlappe ein. Gerade einmal 38 Prozent der Abstimmenden wollten die Vorlage unterstützen. Zwar ein besseres Resultat als noch 2018, als die No-Billag-Initiative von gerade einmal 28 Prozent der Stimmbewölkerung unterstützt wurde. Aber eben, auch der aktuelle Versuch, die öffentlichen Medien in der Schweiz finanziell auszuhungern, schlug fehl. Kein Kanton nahm die Initiative an.

Es brodelt

Wenig überraschend machten sich die politischen Urheber der Abstimmungsvorlage gleich daran, den Schiffbruch zum Erfolg umzuschreiben. «Unter dem Strich ist das Resultat nicht das Entscheidende. Viel wichtiger ist die Richtung der medienpolitischen Diskussion», meinte SVP-Nationalrat Gregor Rutz gegenüber personell.com in einem Interview. Den Umstand, dass der Bundesrat die Serafe-Gebühr um 35 Franken von 335 auf 300 Franken gesenkt habe, erwähnt er gleich drei Mal im kurzen Interview – man merkt, Rutz muss sich an die kleinen Erfolge klammern. Viel anderes zu feiern, gibt es für Unterstützer:innen der Halbierungsinitiative jedenfalls nicht: Nach politischen Niederlagen folgt oft die Zeit der Schuldzuweisungen. Und auch im von SVP und Freisinn dominierten Anti-SRG-Lager (in das sich noch einige Mitte-Politiker:innen mischen) scheint es zu brodeln. So ist inzwischen publik geworden, dass im Initiativkomitee im Oktober 2025 dafür argumentiert wurde, die Vorlage zurückzuziehen.

Dass Rutz nun behauptet, die Initiative sei ein Erfolg gewesen, da sie für niedrigere Serafe-Gebühren gesorgt

habe, wird als die massive Zweckoptimismusübung demaskiert, die sie ist. Und zwar, wenn man sich gewahr macht, dass dieser «Erfolg» auch Realität geworden wäre, wenn das Komitee die Initiative zurückgezogen hätte. Und zwar ohne fast 1,9 Millionen für seinen Abstimmungskampfausgaben.

Rösti und die Volksentscheide

Laut Weltwoche hatte das Komitee diesen Schritt noch Ende Jahr erwogen (wobei dort die Frist schon verstrichen war). Laut Watson hatte SVP-Nationalrat und Komiteemitglied Thomas Matter aber bereits im Oktober 2025 dafür plädiert, die Initiative zurückzuziehen. Er habe damals Zweifel über die Erfolgsaussichten der Vorlage gehabt, unterlag jedoch Rutz (der vermeiden wollte, dass in den Medien die unterschiedlichen Sichtweisen im Komitee publik werden – laut Weltwoche habe er gar selbst mit dem Gang an die Presse gedroht) und dem Gewerbeverband. Zusätzlich wird nun innerhalb der SVP Rutz für die Annahme der Individualbesteuerung verantwortlich gemacht – durch das Aufrechterhalten der Halbierungsinitiative seien mehr Linke an die Urnen geströmt.

Angesichts der schlechten Falle, die die Kräfte hinter der Halbierungsinitiative machen, darf man sich mit Fug und Recht fragen, was den Bundesrat geritten haben mag, vorausseilend gehorsam gleich selber am Medienabbau mitzuwirken. Der Verdacht kommt auf, dass die ersten Umfragen zu mässig klugen Kurzschlusshandlungen geführt haben könnten. Wie der Bundesrat in Sachen SRG verfährt, hat aber nicht nur mit mangelnder Kompetenz zu tun – im Falle zumindest eines Bundesrats, der selbst die Initiative noch mitlanciert hatte, kann man direkt von «Sabotage» sprechen.

Mit Volksentscheiden hatte es SVP-Bundesrat Alber Rösti schon in der Vergangenheit nur, wenn sie seinem

Gusto entsprachen. Ob die Missachtung des Volkswillens in Sachen Wolfsabschüsse, Autobahnausbau trotz Volks-Nein oder Nuklearenergie statt Energiewende – aus Sicht des ehemaligen Berufslobbyisten und -politikers scheinen Volksentscheide, gesetzliche Leitlinien und konkordante Exekutivpolitik etwas für schwache und dumme Menschen zu sein. Anstatt dessen gibt es Politik für sein Klientel und die SVP. Und da muss dann halt die Realität ein wenig zurückstehen, wenn Rösti seinen «Grind» durchstieren will.

Schwer undemokratisch

Schlicht ein neuer Hebel muss her – den findet der SVP'ler in der Konzessionierung und dem Programmauftrag der Öffentlichen Medien. 2023 hatte der Bundesrat die Neukonzessionierung der SRG sistiert und eine «Gesamtschau» des Medienbetriebs versprochen. Die kam nicht, dafür die von Nationalrat Rutz so heiss geliebte, per Verordnung durchgeboxte Reduktion der Gebühr auf 300 Franken inklusive der Streichung von 900 Stellen bei der SRG. Seine Intervention über den Verordnungsweg wird immer noch als schwer undemokratischer Akt kritisiert.

Da Röstis SVP an den Urnen versagte, versucht er nun einen anderen Pfad. Bei der bundesrätlichen Pressekonferenz erklärte er, dass die Anliegen der Initiant:innen «ernst genommen» werden müssten (warum?) und man nun über den Programmauftrag sprechen müsse. Sowieso würden die Öffentlichen Medien in der Schweiz die Privaten mit ihrem Sport- und Unterhaltungsprogramm zu stark konkurrenzieren. Das Volk hatte sich am Sonntag, dem 8. März, zwar für das Gegenteil ausgesprochen, aber was interessiert das einen Bundesrat, der eher für den Gewerbeverband, einige Verlagshäuser und die SVP in der Regierung zu sitzen scheint, als für die schweizerische Bevölkerung.

Authentisch über die Schmerzgrenze

Dominik Dübi. **Marty Mauser (Timothée Chalamet) hat den grossen Traum, als Tischtennispieler seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Der Weg dahin wird zur Achterbahnfahrt, auf die Joshua Safdie das Publikum in seinem Film «Marty Supreme» mitnimmt.**



Wird Marty seinen Traum wahr machen? Bild: zVg

Nach langen Jahren der künstlerischen Zusammenarbeit als Regieduo entschieden die Brüder Josh und Benjamin «Benny» Safdie 2024, nunmehr individuelle Projekte verfolgen zu wollen. Die New Yorker Brüder gründeten dazu je eine eigene Produktionsfirma für ihre zukünftigen Filmprojekte. Benny Safdies «Out for The Count Productions» brachte seinen Debütfilm «The Smashing Machine» in die Kinos, während Josh Safdies «Central Pictures» neben anderen Projekten seinen Solofilm «Marty Supreme» produzierte. Auffallend ist, dass sowohl bei Josh Safdies Firma als auch bei seinem Film der langjährige Partner der Brüder, Ronald Bronstein, wieder involviert ist. Dieser hatte bei den gemeinsamen Filmen der Safdies jeweils an den Drehbüchern und am Schnitt der Projekte mitgewirkt. «The Smashing Machine» und «Marty Supreme» hatten sowohl an den Kinokassen als auch bei der Kritik ziemlichen Erfolg.

Ist der Hype um das Tischtennisdrama gerechtfertigt? Die Antwort darauf ist nicht eindeutig. Einerseits schafft es der Regisseur, mit seinem charismatischen Hauptdarsteller Timothée Chalamet als Marty Mauser eine Geschichte zu erzählen, die das Publikum jederzeit in ihren Bann zieht, nicht zuletzt mit einem unvergleichlichen Tempo. Dabei erinnert der Film an die temporeichen früheren Filme der Brüder wie «Good Time» und «Uncut Gems». Auch Marty Mauser ist kein Sympathieträger, er stösst die Menschen um ihn herum immer wieder aufs Neue vor den Kopf. Der moralisch zwiespältige Protagonist mit losem Mundwerk ist eine Art Markenzeichen von Josh Safdies Film.

Rastloser Antiheld im New York der 1950er-Jahre

Das Ganze führt dazu, dass man sich nicht so richtig mit Mauser identifizieren kann, was aber das Kinoerlebnis nicht schmälert, da das Erzähltempo und das gestresste Leben von Marty Mauser das Publikum fesseln. Die Geschichte des New Yorker Tischtennispielers, der immer zu wenig Geld und hundert Probleme hat, basiert übrigens sehr lose auf der Lebensgeschichte des realen Tischtennisprofis Marty Reisman, der nach dem Zweiten Weltkrieg diverse Medaillen an Weltmeisterschaften gewann, ohne aber den Weltmeistertitel zu holen. Die dramatischen Szenen in Japan rund um die Weltmeisterschaft zum Ende des Films haben jedoch keinen Bezug zu Reismans Leben.

Josh Safdie baute den Plot seines Films um die zentrale Rivalität von Marty mit dem japanischen Spieler Koto Endo (Koto Kawaguchi) auf. Damit konnte er auch die Nachkriegsspannungen zwischen den USA und Japan einbauen, die der Geschichte als historischer Ankerpunkt zusätzliche Relevanz verleihen. Abgesehen von einigen Szenen in Tokio und London spielt der Film aber hauptsächlich im New York der 1950er-Jahre. Dieses ist als Kulisse wunderschön anzuschauen und verleiht dem Film ein eigenes Flair. Die Geschichte spielt im jüdischen Milieu der Grossstadt, weshalb auch teilweise in Form von gezeigten Tattoos aus Konzentrationslagern der Holocaust ein Thema ist. Durch im Krieg getötete Söhne und daraus hervorgehende Traumata hängt der erst

kurz zuvor zu Ende gegangene Zweite Weltkrieg generell in Form einer geteilten posttraumatischen Störung über dem Film.

Authentizität als Markenzeichen

Der Film hat ein grosses Problem: Ein Markenzeichen der Safdie-Brüder war es stets, Schauspieler:innen zu casten, die keine klassische Schauspielausbildung absolviert hatten, sondern von den Brüdern für Rollen besetzt wurden, die nahe an ihrem eigenen Leben waren. Die Suche nach Authentizität der Schauspieler:innen durch eigene Lebenserfahrung zieht sich in Form von Laienschauspielern durch die Filmografie der Brüder. In «Marty Supreme» führt Josh Safdie diese Tradition weiter. Bei einigen Statisten und Kleinstrollen wie Martys Kumpel Dion Galanis (Luke Manley) oder seinem Tischtennispartner und Taxifahrer Wally (Tyler Okonma) funktioniert das wie in den vorangegangenen Werken ganz ausgezeichnet. Das Problem ist aber Martys Antagonist im Film, Milton Rockwell, gespielt von Kevin O'Leary.

Rockwell hat als skrupelloser Geschäftsmann, der aus Martys Rivalität mit Endo Profit schlagen will, eine wichtige Rolle in der Geschichte. Umso mehr, als dass Marty eine Affäre mit Rockwells Frau Kay (Gwyneth Paltrow) anfängt. Rockwells Trauma wegen eines Sohnes, den er im Pazifikkrieg verloren hatte, wofür er auch den Juden und stellvertretend dem aus einer jüdischen Familie stammenden Marty die Schuld gibt, ist ein wichtiger Teil des Films. Gerade auch, weil er schlussendlich als Hersteller von Tischtennisschlägern in Japan investiert, womit die wirtschaftliche Erschliessung oder auch bis zu einem gewissen Grad die Unterwerfung Japans durch die USA nach dem Zweiten Weltkrieg angesprochen wird.

Ein Investor spielt den Bösewicht

Nun wird dieser Rockwell aber nicht von einer Schauspielgrösse verkörpert, sondern vom kanadischen Geschäftsmann Kevin O'Leary. Dieser hat sich einerseits als Investor von Firmen in verschiedenen Sektoren ein Vermögen von mehreren hundert Millionen Dollar angehäuft und ist andererseits aus der Reality-TV-Sendung «Shark Tank» berühmt. In der Show geht es darum, dass eine Gruppe von vermögenden Investor:innen in einem opulenten Studio sitzt, wo ihnen dann Startup-Unternehmer:innen ihre Geschäftsideen vorstellen, in der Hoffnung, dass die Geschäftsleute in ihr Projekt investieren.

Die Investor:innen werden dabei wie Halbgötter inszeniert und O'Leary als der «Strenge» in der Jury, der wie Dieter Bohlen bei «Deutschland sucht den Superstar» die besonders gemeinen Sprüche raushaut. Dies erinnert nicht zufällig an Donald Trumps Rolle in der Reality-TV-Serie «The Apprentice». O'Leary und Trump sind langjährige Freunde, woran auch Trumps faschistoides Gehabe als Präsident und seine Angriffe auf die Demokratie nichts geändert haben. Im Gegenteil: O'Leary warb während Trumps zweiter Amtszeit – mitsamt seinen irren Plänen einer Annexion Kanadas – 2025 aktiv dafür, dass sich sein Heimatland den USA anschliessen sollte, um kombiniert noch grössere wirtschaftliche Schlagkraft zu besitzen. Die politische Einstellung O'Learys ist an Machtversessenheit und Menschenfeindlichkeit kaum zu überbieten. Nun wurde er für «Marty Supreme» in einer Rolle gecastet, für die er geboren zu sein scheint.

Realität und Film verschwimmen

Auch für die Figur Rockwell steht der Profit über allem, und sie stellt ihre Machtfantasien mehrmals zur Schau. Dieses Aufbrechen der Grenze zwischen Film und Realität geht jedoch ganz klar zu weit. Grausamkeiten einer Figur im Film sind erträglich, wenn man sich vor Augen führen kann, dass dies als Kritik an dieser Grausamkeit gezeigt wird und die Schauspieler:innen stets Distanz zu ihren Figuren haben. Wenn man O'Learys Einstellungen kennt, ist es schwer zuzuschauen, wie die diabolische Seite seiner Figur zur Schau gestellt wird. Stets geht einem durch den Kopf, dass er dies nicht ablehnt, sondern wahrscheinlich sogar als etwas Positives ansieht. Zu allem Überfluss spielt er die Rolle auch noch schlecht, wenn er in Nahaufnahmen wichtige Dialoge abliefern sollte. Dieser Castingentscheid ist absolut unverständlich und macht den Film leider deutlich schlechter, als er gewesen wäre, wenn die Rolle mit einem Schauspieler besetzt worden wäre.

Bundesrat erhöht Mindestfranchise

Als hätte es die Teuerung der letzten Jahre nicht gegeben und als seien Gesundheitskosten nicht weiterhin ein Hauptverschuldungsrisiko in der Schweiz: Die Bevölkerung muss, geht es nach dem Bundesrat, in den kommenden Jahren noch mehr für Gesundheitsleistungen zahlen. Ein entsprechend lautender Vorschlag wurde von der Regierung in Bern zur Vernehmlassung an die beiden Kammern geschickt. Gerade chronisch Kranke müssten so tiefer in die Taschen greifen. Der Bundesrat will so verhindern, dass Versicherte Leistungen in Anspruch nehmen. Die Regierung folgt damit zwei angenommenen SVP-Vorstössen, laut denen die Franchise an die Ausgaben der Kassen angepasst werden muss. Steigen die Kosten weiter, würde die Mindestfranchise weiter erhöht. Geplant ist eine Erhöhung in den nächsten acht Jahren auf bis zu 500 Franken. Da ein grosser Teil der steigenden Gesundheitskosten darauf zurückzuführen ist, dass die geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge in ein Alter kommen, in dem mehr Gesundheitsausgaben nötig werden, und zusätzlich durch die Teuerung auch ohne mehr Leistungen die Ausgaben im Gesundheitsbereich steigen, werden so auf Kosten der Massen die Versicherungen entlastet.

Nein zur Strommarktliberalisierung

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) unterstützt das Europa-Paket, wenn die Löhne und der Service public gesichert sind. Mitten in Europa sei die Schweiz «auf gute und geregelte Beziehungen mit der EU angewiesen, gerade in einer Zeit geopolitischer Umbrüche und zunehmender Unsicherheit im globalen Handel», informiert der SGB Mitte März. Gleichzeitig lehnt der SGB das geplante Stromabkommen ab. Es würde den bewährten Service public in der Stromversorgung schwächen und die funktionierende Grundversorgung gefährden. Was das bedeuten kann, hat sich erst kürzlich im Zuge des Ukraine-Kriegs gezeigt. In liberalisierten Märkten kam es zu extremen Preisanstiegen. In einem Umfeld mit stark schwankenden Energiepreisen auf den Weltmärkten sind stabile Preise und öffentliche Kontrolle über die Margen wichtiger denn je. Das Abkommen und die damit verbundene vollständige Strommarktöffnung in der Schweiz gefährden eine stabile, bezahlbare und ökologische Stromversorgung. Die Energieversorgung muss eine öffentliche Aufgabe bleiben.

China plant die nächsten fünf Jahre

Der chinesische Volkskongress hat einen neuen Fünfjahresplan beschlossen. Im Zentrum stehen technologische Eigenständigkeit und die Förderung strategischer Zukunftsindustrien wie Halbleiter, künstliche Intelligenz, Robotik und Biotechnologie. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gelten gegenüber früheren Planungsperioden als schwierig. Das Wachstum der chinesischen Wirtschaft hat sich zuletzt verlangsamt, strukturelle Probleme wie eine schwache Binnennachfrage und hohe Verschuldung lokaler Regierungen bleiben bestehen. Bereits heute zeigt sich eine starke Kluft zwischen hoch entwickelten Technologie- und Exportsektoren einerseits und weniger dynamischen Bereichen der Binnenwirtschaft andererseits. Der staatlich gelenkte Ausbau strategischer Industrien könnte diese Spaltung vertiefen, da Ressourcen gezielt in bestimmte Zukunftsbranchen gelenkt werden. Parallel sieht sich China einem zunehmend angespannten internationalen Umfeld gegenüber: Handelskonflikte, geopolitische Rivalitäten und wirtschaftlicher Druck aus dem Westen. Der neue Fünfjahresplan gilt damit als strategische Antwort auf ein schwierigeres globales Umfeld – und als Versuch, Chinas Wirtschaft langfristig unabhängiger und innovativer auszurichten.

Einladung zur 100. Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft vorwärts

Datum: Freitag, 27. März 2026

Ort: PdA Zürich, Dienerstr. 16, 8004 Zürich

Zeit: 17 Uhr Apéro, 17.30 Uhr Beginn Versammlung

Traktanden:

- Begrüssung und Anwesenheitskontrolle
- Wahl der Sitzungsleitung und der Protokollführer:in
- Abnahme Protokoll der GV vom 30.11.2025
- Budget 2026
- Nachwahlen in den VR, Wahl des Präsidiums
- Varia

Der VR der Verlagsgenossenschaft *vorwärts*, die Redaktion und die Partei der Arbeit Zürich laden herzlich ein.